

Liebe Leserinnen und Leser,

Wir brauchen mehr Präventionspolitik, weil der Pegel der Weltmeere immer schneller steigt. Diese Einsicht macht deutlich, dass nicht das „Ob“ zur Diskussion steht, sondern um das „Wie“ gerungen werden muss, um ein richtiges Zusammenspiel zwischen politischen Impulsen, Vorgaben und Rahmenbedingungen sowie engagierter, fachkundiger und wirksamer Umsetzungspraxis zu erreichen.

Der Veränderungsstress in der Gesellschaft nimmt an vielen Stellen zu und bewirkt Verunsicherungen, von denen die Ränder des politischen Spektrums profitieren. Doch wie soll man mit Veränderungen umgehen, ohne die Verunsicherung weiter zu schüren. Tina Hildebrandt und Bernd Ulrich vom Politikressort der Wochenzeitung „Die Zeit“ stellen die Frage, ob ein „weiter so“ eigentlich mehr Befürchtung oder Sehnsucht sei(?), und resümieren dann, dass die deutsche Öffentlichkeit auf Zukunftsdebatten vorbereitet und eingestimmt werde müsse: *„Erst wenn die große Koalition eine Politik zumindest versucht, die von ihrer Größe und ihrem Impetus her symmetrisch ist zu den realen Herausforderungen, kann sie den rechten Apokalyptikern den Nerv rauben und vor allem die Menschen zu Wichtigerem verführen als zu Identitätsdebatten und Abschottungswünschen“* (Die Zeit, 8. März 2018).

Der Koalitionsvertrag *„Ein neuer Aufbruch für Europa. Eine neue Dynamik für Deutschland. Ein neuer Zusammenhalt für unser Land“*, der am 12. März 2018 unterzeichnet wurde, firmiert anspruchsvoll und verlässt dann mehr oder weniger auf insgesamt 177 Seiten die Grundlinien politischer Visionen und Ziele. Vielmehr wird sehr detailliert versucht, noch einmal die Normalität einer Politik der kleinen Schritte abzubilden. Zu hoffen bleibt, dass die Regierungspolitik bei den großen Fragen über die Kleinteiligkeit niedergeschriebener Regelungen (*„Wir wollen Einbrüche in Tierställe als Straftatbestand effektiv ahnden“*) hinausgeht, denn der Pegel der Weltmeere steigt immer schneller.

„Wir treten für eine evidenzbasierte Kriminalpolitik ein. Wir wollen, dass kriminologische Evidenzen sowohl bei der Erarbeitung von Gesetzentwürfen als auch deren Evaluation berücksichtigt werden.“ Mit diesen Sät-

zen beginnt der Abschnitt „Prävention“ im Kapitel X. *„Ein handlungsfähiger und starker Staat für eine freie Gesellschaft“* des Koalitionsvertrages. Damit wird der Bogen zwischen Politik und Präventionspraxis weiter gespannt und die Wissenschaft als weiterer zentraler Akteur einbezogen. Diese vernünftige Absicht könnte z. B. dazu beitragen, die Wirksamkeit umstrittener Maßnahmen wie z. B. den Ausbau der Videoüberwachung zu überprüfen: *„Die Menschen sollen sich auf unseren Straßen und Plätzen sicher bewegen können. Deshalb wollen wir die Videoüberwachung an Brennpunkten einsetzen, sie verhältnismäßig und mit Augenmaß effektiv ausbauen und dabei auch technisch verbessern. Intelligente Videoüberwachung kann dabei eine Weiterentwicklung sein. Deswegen werden wir den laufenden Modellversuch abwarten, prüfen und bewerten.“* Das Bekenntnis zu einer rationalen Kriminalpolitik ist sehr zu begrüßen und ist interessanterweise auch Ergebnis guter Politikberatung. In der Dezemberausgabe des „forums“ hatten die renommierten Kriminologen Wolfgang Heinz und Hans-Jürgen Kerner die Optimierung der Kriminal- und Strafrechtspflegestatistiken in Bund und Ländern sowie ein Wiederaufleben der Periodischen Sicherheitsberichte der Bundesregierung gefordert. Der von rund 150 Fachinstitutionen und -leuten unterzeichnete Aufruf, der mit entsprechenden Schreiben an die Fachausschüsse des Deutschen Bundestages sowie an die Steuerungs- und Arbeitsgruppe „Inneres, Recht und Verbraucherschutz“ der Koalitionsverhandlungen gesendet wurde, hat die Verhandlungspartner überzeugt und seinen Eingang in das Regierungsprogramm gefunden: *„Um ein Gesamtbild der langfristigen Kriminalitätsentwicklung zu bekommen, streben wir eine zügige Aktualisierung des Periodischen Sicherheitsberichts an. Um die Aussagekraft der Strafrechtspflegestatistiken zu erhöhen, werden wir in Zusammenarbeit mit den Ländern ein Strafrechtspflegestatistikgesetz schaffen. Die Kriminal- und Strafrechtspflegestatistiken sollen langfristig zu einer Verlaufsstatistik zusammengeführt werden. Hierzu soll eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben werden.“* Die Umsetzung der Vereinbarungen wird nun in geeigneten Rahmen und Formaten gesteuert werden müssen.

Um einen solchen Rahmen geht es in der Absichtserklärung, das *„unabhängige Deutsche Forum für Kriminalprävention“* unterstützen zu wollen. Das Bekenntnis zum DFK folgt damit den bisherigen Absichtserklärungen der Bundesregierung etwa im *„Nationalen Präventionsprogramm gegen islamistischen Extremismus“* zur weiteren Verschmelzung der Forschungsstelle „Nationales Zentrum für Kriminalprävention“ mit der Stiftung. Diese vereinbarte Entwicklung kann ihre Bedeutung allerdings nur dann entfalten, wenn die entsprechenden finanziellen Ressourcen (im ersten Entwurf des Bundeshaushaltes 2018 sind knapp 5 Mio. Euro geplant) ebenfalls auf Dauer bereitgestellt werden.

Eine Zusammenschau vieler präventionsrelevanter Koalitionsvereinbarungen bietet nachfolgender Beitrag.

Das aktuelle Heft hat den thematischen Schwerpunkt *„Prävention von Partnerschafts- bzw. häuslicher Gewalt“* und kann in diesem Handlungsfeld zeigen, wie bedeutsam politische Vereinbarungen und gesetzliche Verpflichtungen für die Präventionspraxis sind. Mit der sog. *Istanbul-Konvention* hat der Europarat mit einem völkerrechtlich verbindlichen Übereinkommen umfassende Standards festgelegt, die in Deutschland mit dem Inkrafttreten eines Bundesgesetzes am 1. Februar 2018 und auch bereits in vielen europäischen Unterzeichnerstaaten gelten und vor allem staatliche, aber auch gesellschaftliche Akteure rechtlich verpflichten: ein überzeugendes Argument, wie wichtig Politik für die Präventionspraxis ist. Eine Reihe von Beiträgen beschäftigt sich mit der Umsetzungs- bzw. Präventionspraxis, angefangen bei der psychosozialen Prozessbegleitung bis hin zu Täterprogrammen für gewalttätige Männer. In einem Buchtipps wird sehr anschaulich vorgerechnet, welche Kosten häusliche Gewalt verursacht und dass Prävention auch ökonomisch betrachtet eine vernünftige Strategie ist.

Liebe Leserinnen und Leser, wir sind gespannt, wie sich präventive Politik in den nächsten dreieinhalb Jahren entfaltet, ein einfaches „weiter so“ wird nicht reichen, denn der Pegel der Weltmeere steigt immer schneller!

Ihr Wolfgang Kahl